„Der Courier"
Organ der deutschsprechenden Canadier.
Erscheint jeden Mittwoch.
Herausgegeben von der
"WESTERN PRINTERS ASSOCIATION, LIMITED"
J. W. Ehmann, Geschäftsführender Direktor.
Bernhard Bott, Chefredakteur.
Geschäftslokal: 1835—1837 Halifax Straße, Regina, Sask.
Mittwochausgabe 12—32 Seiten stark.

"DER COURIER"
The Organ of the German-speaking settler of the West.
MEMBERS OF A.B.C.
Printed and published every Wednesday by THE WESTERN PRINTERS ASS'N, LTD., a joint stock company, at its office and place of business, 1835 Halifax Street, Regina, Sask., Can.
All stock owned by the readers of the paper.
J. W. EHMANN, *Managing Director.*
(Advertising Rates upon application)

Canada und die mennonitischen Flüchtlinge.

Die mennonitische Massenauswanderung aus Rußland hat in den letzten Tagen in West-Canada eine lebhafte Preßdebatte heraufbeschworen, weil die in Frage kommenden 5000 Mennoniten Canada als Zielland und als letzten Zufluchtsort ausersehen haben. Hier wollen sie sich von dem schändlichen Ausbeutungs- und Unterdrückungssystem erholen, unter dem sie in ihren sibirischen Kolonien so bitter zu leiden hatten. Sie sind es übersatt, sich von den russischen Sowjets aufsaugen, drangsalieren und verfolgen zu lassen. Religionsfreiheit sowie Brot und Existenz für sich und ihre Kinder hoffen diese mannhaften und überzeugungstreuen Mennoniten auf unserer canadischen Prärie zu finden. Sie sind als fleißige, sparsame und strebsame Farmer rühmlichst bekannt. Große Landbezirke unseres Westens verdanken mennonitischen Volksgenossen ihre blühende Entwicklung. Wo andere nur zu leicht geneigt sind, entmutigt und mißgestimmt die Flinte ins Korn zu werfen, da leisten mennonitische Siedler mit zäher Ausdauer wertvollste Pionierarbeit. Daß sie auch ihrer religiösen Ueberzeugung und ihrer deutschen Muttersprache die Treue bewahren, wer könnte es ihnen verargen und verwehren? Im Zeitalter der Demokratie, des Minoritätenrechtes und des Völkerbundes sollte das bei weitherzigen Leuten fürwahr keinen Anstoß erregen.

5000 deutsche Mennoniten pochen an die Tore unseres canadischen Landes. Die deutsche Regierung in Berlin hat sich in sehr anerkennenswerter Weise um diese Flüchtlinge aus dem roten Rußland angenommen. Deutschland ist nach Pressemeldungen gerne bereit, den deutschen Mennoniten, die schon ungefähr 150 Jahre unter russischer Herrschaft gelebt haben, deutsche Pässe auszustellen und jedwede Garantie für sie gegenüber dem Einwanderungsland Canada zu übernehmen. Dieses sehr hoch zu schätzende Entgegenkommen und diese menschliche Stellungnahme der deutschen Regierung verdienen, so sollte man meinen, auch in Canada bereitwillige Nachahmung. Doch was müssen wir erleben? Premier Dr. J. T. M. Anderson von Saskatchewan äußert lebhafte Bedenken gegen die Niederlassung dieser 5000 Mennoniten in unserer Präriepropinz. (Er erzählt, Mennoniten seien gegen das Public-Schulsystem und gegen die Erlernung der englischen Sprache; in einem Mennonitendorf seien 60 Kinder ohne eine Publicschule. Ferner schützt er die gegenwärtig herrschende Arbeitslosigkeit als Ablehnungsgrund vor.

Das sind recht fadenscheinige Argumente, mit denen man vielleicht zu Wahlzeiten operieren und manövrieren kann, die aber in einem solchen Augenblick, wo sich der Abgrund eines Massenelends vor unseren geistigen Augen auftut, vollständig versagen. Ein Politiker großen Formats, der staatsmännische Qualitäten besitzt, müßte angesichts der verzweifelten Lage von 5000 wertvollen Farmern, wie sie der Westen dringend braucht, die Erzählung solcher Mätchen unterlassen und dem Beispiel der deutschen Regierung folgen. Stets wird mit Trompetenschall in alle Welt hinausposaunt: Wir brauchen tüchtige Farmer und Farmarbeiter, die den Westen aufbauen und weiter entwickeln! Hier haben wir eine günstige Gelegenheit, wie sie sich vielleicht in einem Jahrzehnt nicht mehr bieten wird.

Die deutsche Regierung stellt Pässe aus und ist bereit, alle jene, die wegen Krankheit oder aus anderen Ursachen zurückgewiesen werden müßten, in Deutschland aufzunehmen. Die in Canada bereits ansässigen Mennoniten wollen für ihre Glaubensbrüder sorgen, damit sie die Anfangsschwierigkeiten überwinden und nützliche Glieder der canadischen Bevölkerung werden können. Sie sind echte und rechte Farmer, die das Landleben dem Stadtleben vorziehen. Verhältnismäßig sehr wenige Mennoniten wohnen in canadischen Städten. Folglich besteht auch keine Gefahr, daß durch sie die Zahl der Arbeitslosen weiter anschwillt. Vielleicht befürchtet aber Herr Dr. Anderson, daß durch diese friedliebenden, fleißigen und gesetzestreuen Mennoniten die Grundfesten seiner „kooperativen" Regierung erschüttert werden könnten. Doch das möge seine eigene Sorge sein und bleiben.

Daß bei dieser bitterernsten Angelegenheit auch die Erheiterung nicht fehle, dafür sorgt der „Regina Daily Star" (unabhängig, kooperativ, konservativ und Ku Klux Klan), der bei jeder Mahlzeit anscheinend am liebsten einen Freudgeborenen oder einen Französisch-Canadier mit Haut und Haaren verspeisen möchte. Aus einem Leitartikel jenes Blattes, in dem von „5000 russischen Bäuern des mennonitischen Glaubens" die Rede ist, sei eine Stelle wiedergegeben. Vermutlich weiß der Star-Schriftleiter noch nicht, daß diese Mennoniten deutsche Bauern sind, die nur unter der russischen Herrschaft gelebt haben. In dem Artikel heißt es:

„Glücklicherweise werden sie (die Mennoniten) nicht rechtzeitig hier sein, um für die Fortdauer der Herrschaft von Quebec über die britische Bevölkerung des Westens bei den herannahenden Bundeswahlen zu stimmen".

Daß man sich durch blinden Eifer lächerlich machen kann, ist eine altbekannte Tatsache, die vielleicht auch eines Tages dem „Regina Daily Star" einleuchten wird. Diesmal wollen wir ihm das Ausgleiten seiner Redaktionsfeder noch großmütig verzeihen.

Hier geht es um ein Werk edelster Menschlichkeit, um ein Werk der Nächstenliebe, das von jedem zivilisierten Volk unterstützt und gefördert werden sollte. Die vielen Tausenden von Mennoniten und übrigen Rußlanddeutschen, die sich im Westen als tüchtige Farmer und treue Bürger erwiesen haben, müßten es ebenso wie alle anderen Deutschcanadier als einen Faustschlag ins Gesicht betrachten, wenn man den 5000 gutgesinnten, religiös und sittlich hochstehenden mennonitischen Bauern gewissermaßen die Türe vor der Nase zuschlagen wollte. Wir alle fühlen uns eins mit diesen armen Flüchtlingen, die unter der Bolschewikenfaust so Entsetzliches erleiden und erdulden mußten und nach all den Stürmen nun einen schützenden Hafen für sich und ihre Nachkommen im canadischen Westen suchen.

Wir wollen hoffen, daß sich die canadische Regierung in Ottawa nicht zu stark in ihre Einwanderungspolitik von Männern hineinregieren läßt, die wie Premier Dr. Anderson die guten Eigenschaften einer so ehrsamen und brauchbaren deutschen Einwanderungsgruppe nicht zu schätzen wissen. Es wird allmählich Zeit, daß man in der canadischen Immigrationspolitik die Scheuklappen der nationalistischen Vorurteile ablegt und die Einwanderer nur nach ihrer körperlichen, geistigen und wirtschaftlichen Eignung beurteilt. Die wirtschaftliche Weiterentwicklung des Westens wird um Jahrzehnte verzögert, wenn man auf der einen Seite canadische Steuergelder für weniger brauchbare Einwanderer zum Fenster hinauswirft, während man schaffensfreudige, genügsame und ausdauernde Ansiedler wie unsere mennonitischen Freunde aus parteipolitischen oder nationalistischen Gründen ausschließen möchte. Sie sind unverschuldet in Not und Elend geraten und verdienen nicht nur unser Mitleid, sondern auch unsere tatkräftige Unterstützung.

Weltumschau

Gegen die „Versklavung." Nachdem nun nicht mehr daran zu zweifeln ist, daß das „Volksbegehren über das sogenannte „Deutsche Freiheitsgesetz" die erforderliche Zahl von Unterschriften — etwas über zehn Prozent der gesamten Wählerschaft des Reichs — erhalten wird, wird von Seiten der Reichsparteien auf die baldige Ansetzung eines Termins für die Abhaltung des Volksentscheids gedrungen. Besonders ist es Graf Westarp, der Fraktionsführer der Deutschnationalen im Reichstag, der sich für die Sache einsetzt.

Die Regierung ist aber vorerst gar nicht in der Lage, diesen Volksentscheid zu beschleunigen, da das „deutsche Freiheitsgesetz" nach der Verfassung nunmehr zuerst dem Reichstag vorgelegt werden muß. Das ist erst in der Dezembersitzung möglich. Daß der Reichstag in seiner derzeitigen Zusammensetzung das Gesetz verwerfen wird, gilt allgemein für selbstverständlich. Aber erst, nachdem dies geschehen, kann die Regierung daran denken, einen Termin für den Volksentscheid anzusetzen. Angesichts dieser Tatsachen ist es wahrscheinlich, daß der Volksentscheid erst Mitte Januar stattfinden wird.

Hitler gegen Kronprinz Rupprecht. In München ist das Gespräch des Tages ein Ultimatum, welches Adolf Hitler, der Nationalsozialistenführer, an den früheren Kronprinzen Rupprecht von Bayern gerichtet hat, weil sich der Prinz dem Vernehmen nach geweigert hatte, das vielgenannte „Volksbegehren" gegen die Knechtung des deutschen Volkes durch den Vertrag von Versailles und den Young-Plan" zu unterzeichnen.

Wie man hört, rief ein Vertreter Hitlers den Sekretär des Prinzen telephonisch an und verlangte, daß die Zeitungsmitteilung über des Prinzen Stellungnahme zum Youngplan prompt in Abrede gestellt werden solle, widrigenfalls Hitler den Prinzen und die monarchische Idee in Schrift und Wort befehden werde. Prinz Rupprecht erteilte darauf die Antwort, daß er sich zu keiner Erklärung einschüchtern lassen werde.

Gegen erleichterte Ehescheidung. Im Justizausschuß des deutschen Reichstages kam es zu einem peinlichen Zwischenfall. Der Justizausschuß beschäftigt sich seit geraumer Zeit in Verbindung mit österreichischen Juristen mit einer Revision sowohl der bürgerlichen wie auch der Strafgesetze des Reiches. Die Absicht liegt vor, Deutschland wie auch Oesterreich, soweit angänglich, ein gemeinsames Recht zu geben. Nun drehten sich die Verhandlungen um wichtige Aenderungen der gesetzlichen Bestimmungen über Ehescheidung. Der prinzipielle Meinungsunterschied in dieser Angelegenheit zwischen gewissen bürgerlichen Parteien wie auch den Sozialisten und dem Zentrum trat deutlich zutage. So erhitzt wurden schließlich die Gemüter, daß die Zentrumsmitglieder des Ausschusses geschlossen das Sitzungszimmer verließen. In gewissen politischen Kreisen wird der Zwischenfall dahin ausgelegt, daß das Zentrum über kurz oder lang vollständig aus dem Regierungsblock ausscheiden dürfte.

Böß beantragt Verfahren. Gustav Böß, der Oberbürgermeister von Berlin, dessen Administration in Verbindung mit einem angeblichen Kontraktskandal scharf angegriffen wird, teilt mit, daß er eine Untersuchung und gleichzeitigen Urlaub beantragt hätte, bis die Ergebnisse der Untersuchung feststünden. Er erließ folgende Erklärung: „Bei meiner Rückkehr von Amerika stelle ich fest, daß schwere Beschuldigungen gegen meine Ehre während meiner Abwesenheit erhoben wurden, während deren ich mich nicht verteidigen konnte. Da ich es als meine Pflicht ansehe, alle Beschuldigungen restlos aufzuklären, habe ich ein Disziplinarverfahren gegen mich beantragt. Da es nicht gut möglich ist, daß ich während einer derartigen Untersuchung als Oberbürgermeister von Berlin amtiere, habe ich den Regierungspräsidenten um Urlaub bis Ende der Untersuchung gebeten."

Bombenanschlag in Brüssel. Auf dem Bürgersteig nahe dem Eingang zum Gebäude der italienischen Handelskammer in Brüssel (Belgien), wurde von einem Polizisten eine Bombe mit schwälendem Zündfaden gefunden. Der Beamte durchschnitt sofort den Zünder und vereitelte dadurch die geplante Explosion. Darauf brachte er die Bombe in das nächste Polizeiamt und legte sie behutsam in einen mit Wasser gefüllten Eimer. Eine spätere Untersuchung der Bomber gab, daß sie mit gewöhnlichem schwarzen Pulver gefüllt war. Ein Fachmann für Explosivstoffe wurde mit weiterer Prüfung des Inhalts der Bombe beauftragt. Nachforschungen nach den Anstiftern des geplanten Bombenattentats sind im Gange.

Eine anti-faschistische Demonstration vor der Geschäftsstelle der Arbeiterorganisationen in Brüssel führte zu einem Krawall, in dessen Verlauf sieben Personen Verletzungen davontrugen. Die Mehrzahl der Teilnehmer an dem Zusammenstoß waren Italiener. Die Ruhestörung wurde von der Polizei schnell unterdrückt.

Mängel des englischen Luftschiffes. Nach seinem ersten Nachtfluge von 14 Stunden ist das britische Riesenluftschiff „R-101" wieder an seinem Ankermast festgemacht worden. Das Luftschiff war völlig bemannt und flog unter Kommando von Major Scott. Er führte Schnelligkeits- und Höhenflüge aus und kreuzte an der Südküste in der Umgebung der Insel Wight. Während der Verankerung des Luftschiffes am Mast stieß es mit dem Bug an, wodurch ein Loch in die Hülle gerissen wurde. Der Schaden an dem Gerippe ist jedoch nur gering.

Es wird gemeldet, daß während des Fluges drei Maschinen Schwierigkeiten bereiteten, da das Kühlwasser an Röhren der Kühlvorrichtung barst. Die Brüche wurden mit Gummischläuchen repariert. Die Reparatur nahm in jedem Falle ungefähr eine Stunde in Anspruch. Beamte erklärten, daß die Erfahrung beweist, daß die Vibration der Motoren zu stark ist für die Duraluminiumröhren. Sie werden deshalb durch dickere Kupferröhren ersetzt werden.

Parlamentssieg MacDonalds. Das englische Unterhaus stimmte nach langer und ziemlich erbitterter Debatte mit 324 gegen 199 Stimmen für die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen Großbritanniens mit Sowjetrußland. Vorher war mit der gleichen Stimmenzahl ein Antrag des früheren Premierministers, Stanley Baldwin, niedergestimmt worden, in welchem „Bedauern" darüber ausgesprochen war, daß die neue Arbeiterpartei-Regierung es „verabsäumt" hätte, die Bedingungen aufrecht zu erhalten, welche der frühere Premier und der frühere Außenminister für die Wiederaufnahme der Beziehungen mit Rußland festgelegt hätten.

Durch die Abstimmung wird die Wiederanknüpfung aller Fäden der Beziehungen mit Rußland, welche Baldwin im Jahre 1927 zu zerreißen beliebte, vor allem die Wiederherstellung des damals begnadeten Handelsvertrags, in greifbare Nähe gerückt.

Baldwin inszenierte bekanntlich, um einen Vorwand für den damaligen Abbruch der Beziehungen zu finden, einen sensationellen Ueberfall auf das Gebäude der russischen Handelsorganisation „Arcos" durch die Londoner Polizei, und es wurde geflissentlich das Gerücht verbreitet, daß in dem Gebäude „Spionage und russische Kommunistenpropaganda" getrieben worden sei.

Der Antrag auf Wiederaufnahme der Beziehungen mit Rußland wurde vom Außenminister Arthur Henderson gestellt und von seinem Amtsvorgänger, Sir Austen Chamberlain, heftig bekämpft. Der Ausgang der Abstimmung, bei welcher die Liberalen unter der Führung Lloyd George's und sogar ein paar Konservative der neuen Regierung Gefolgschaft leisteten, war eine erste Kraftprobe und ein eklatanter Sieg des Ministeriums MacDonalds.

Mussolini kriegsbegeistert. Benito Mussolini, der Diktator Italiens, sprach anläßlich des 11. Jahrestages der Schlacht von Veneto zu seinen Landsleuten über die wahrscheinliche Haltung seines Landes im Falle eines neuen Krieges. — „Die Geschichte lehrt uns", sagte der Premier, „daß ernste Krisen durch Waffen und Krieg gelöst werden. Wenn mir die schreckliche Verantwortung werden würde, mein Land in Kriegszeit zu regieren, würde ich reinen Tisch machen mit allen Weichlingen und Verbreitern von Uneinigkeit. Ich würde strengste Disziplin hinter der Front schaffen. Ich würde es verhindern, daß Soldaten, die aus den schmutzigen und blutigen Schützengräben auf Urlaub heimkommen, das Schauspiel glänzenden, sorgenfreien, lustigen Lebens in den großen Städten sehen würden. Ich würde aus den Munitionsfabriken alle wehrfähigen Drückeberger herausholen, die glauben, daß es nützlicher ist, Kugeln, Granaten und Bomben herzustellen, als sie abzuschießen oder zu werfen."

Der Premier führte weiter aus, daß viel zu viel über Frieden und Abrüstung geredet werde.

Ernste polnische Krise. Führer der verschiedenen polnischen Landtagsfaktionen hielten eine Geheimkonferenz ab, in der über die Lage beraten wurde, welche durch das Erscheinen von Armeeoffizieren im Warschauer Parlamentsgebäude bei der geplanten Eröffnung des Landtages geschaffen worden ist. Die Konferenz war von dem Landtagspräsidenten Datzinski einberufen worden. Man einigte sich dahin, die Sitzung nach den bereits festgelegten Plänen zu eröffnen. Auch wurden Pläne geschmiedet, um etwaigen neuen Entwicklungen in der Kontroverse zwischen dem Landtag und Pilsudski begegnen zu können. Der Regierungsblock war in der Sitzung nicht vertreten.

In der Zwischenzeit wird der Streitfall zwischen dem Landtagspräsidenten Datzinski und dem Marschall Pilsudski schriftlich weiter geführt. In Beantwortung einer Zuschrift des Präsidenten des Republik, Maścicki, in dem versucht wurde, die bestehenden Differenzen auszugleichen, hat der Landtagspräsident sich geweigert, an irgend einer Konferenz teilzunehmen, welcher Pilsudski beiwohnen sollte. Als Grund für diese Haltung gibt er an, er sei von dem Marschall insultiert worden.

Dafür brachte der Landtagspräsident in Vorschlag, daß der Präsident der Republik entweder den Landtag auflöse oder eine neue Regierung einsetze. Es sei unmöglich, schreibt er, einen Landtag weiter zu führen, dessen Präsident beständig insultiert werde, das Land werde sich dieses nicht länger gefallen lassen. Im übrigen werde er, der Landtagspräsident, Pilsudski fernerhin mit Verachtung gegenüber treten und ihn außerhalb des Parlamentsgebäudes überhaupt nicht mehr anreden.

Die Weigerung Datzinskis, mit dem Marschall an einer Konferenz teilzunehmen, zeitigte ein weiteres Schreiben des Präsidenten Moscicki, in dem erklärt wird, die Haltung des Landtagspräsidenten könne nur dahin ausgelegt werden, daß er sich weigere, in seinem Teil zur Aufklärung des Vorfalles beizutragen.

Sowjetflieger am Ziel. Ein neuer Bote guten Willens kam auf dem Curtiß Wright-Flugfeld, N.Y., am 1. Nov. nach einem großen Fluge von Moskau nach New York zur Erde. Der Kurier was das russische Flugzeug „Strana Sowjetow" (Land der Sowjets), das sein Ziel nach einem abenteuerlichen Fluge von 70 Tagen erreichte, während dessen seine vierköpfige Besatzung Schneestürme, Taifuns und andere Gefahren des 12,500 Meilen Fluges über zwei Kontinente und den pazifischen Ozean überwand.

Die Drohung einer Katastrophe verließ die Flieger nicht vor der Landung auf dem hiesigen Flugplatze. Als die Räder des Flugzeuges nach dem Fluge von Detroit den Boden berührten, brachen über 6000 enthusiastische Zuschauer durch alle Absperrungslinien und eilten auf den Apparat zu, ohne an die beiden rasenden Propeller und die hohe Landegeschwindigkeit des Flugzeuges zu denken.

Sämtliche Ambulanzen von Nassau County wurden alarmiert, nachdem zahlreiche Personen niedergetreten waren, aber nur drei Personen wurden wirklich verletzt, und selbst diese Verletzungen sind nicht ernster Natur.

Ein Teil des Fluges über Sibirien folgte dem Kurse des Luftschiffes „Graf Zeppelin", aber bei der Ueberfliegung des Pazifik mußten die Russen an der Aleuteninselkette entlang fliegen. Bei Dutch Harbor, Alaska, wurde ihr Flugzeug nahezu von einem schweren Sturme zerstört, und auf dem Fluge von Seward, Alaska, nach Seattle setzten die Motoren des Flugzeuges plötzlich beide aus. Erst nach neun Tagen konnte der Flug nach Einbau neuer Motoren fortgesetzt werden.

Eine altfriesische Sage vom ewigen Recht

Von Franz Karl Ginzkey.

Zwölf Richter trieben durch Sturmes Not.
Segel und Steuer verlor ihr Boot.

Sie spähten rings nach Land umher.
Ohn' alle Antwort blieb das Meer.

Da beteten sie, es werde gesandt
Ein Dreizehnter, ihnen zu weisen das Land.

Und eh' sie wußten, wie's geschah,
Ein Dreizehnter saß im Boote da.

Er glich ihnen allen von Angesicht,
War wie sie selbst, und war es nicht.

Er saß zu achter an Bordes Rand,
Er lenkte es heim mit der bloßen Hand.

Er warf eine Axt, die blitzte so hell.
Aufsprudelte jäh am Strande ein Quell.

Sie setzten sich zu Rat im Kreis,
Er lehrte sie ewigen Rechtes Geheiß.

Er glich ihnen allen von Angesicht,
War wie sie selbst, und war es nicht.

Und als sie wußten, was ihnen not,
Ein neues Wunder sich plötzlich bot:

Sie zählten staunend im Kreis umher
Und zählten zwölfe, und keinen mehr.

Von da an sprachen Sie gleiches Recht
Für hoch und nieder, für Herr und Knecht:

Es ist des Rechtes Angesicht'
Uns allen gleich, und ist es nicht.

Doch dessen, der es uns gesandt,
Des Sinn und Wesen sind unbekannt.

Sagen Sie es Ihren Freunden:
„Der Courier ist die führende deutsche Zeitung in Canada!"

Saskatchewan, das Wanderziel.

(Fortsetzung von Seite 1)

Zustände noch verschärft werden sollten, dann sei er absolut gegen die Einwanderung der Leute. Als weiteres Bedenken gab der Premier von Saskatchewan die Beschäftigungslage in Westcanada an.

All diese Bedenken sind eigentlich schon durch die vorhin wiedergegebene Erklärung des Einwanderungsministers Forke widerlegt. Trotzdem hat die Saskatchewan-Regierung in ihrer Antwort nach Ottawa „die Zeit als sehr ungeeignet" bezeichnet, „um mittellose Einwanderer zuzulassen." Sie fragt in Ottawa an, ob die Bundesregierung bereit sei, bei den Hilfsmaßnahmen mitzuwirken, die für die Einwanderer einschließlich Mennoniten, unternommen werden müssen. Die Saskatchewan-Regierung verlangt ferner, daß Vertreter der canadischen Mennoniten mit ihr verhandeln, und möchte sich anscheinend nur auf die Zulassung von Verwandten der in Saskatchewan bereits ansässigen Mennoniten beschränken.

Der wirkliche Sinn der reichlich gewundenen Erklärung ist: bedingte Ablehnung.

Die Saskatchewan-Sektion der Vereinigten Farmer von Canada fühlte sich ebenfalls bewogen, zur Mennoniten-Einwanderung Stellung zu nehmen und zwar in einem recht eigenartigen Sinne. Die U. F. C. meinen, man solle erst Erkundigungen bei der russischen Regierung einziehen. Wenn die Sowjetregierung damit drohe, die Mennoniten nach Sibirien zu verbannen, so wahrscheinlich deswegen, weil sie den Landesgesetzen nicht gehorchten. Man habe in Saskatchewan schon Schwierigkeiten mit religiösen Gemeinschaften, die sich den Landesgesetzen nicht unterwerfen wollten. (Man muß sich fragen, was die Führer der Vereinigten Farmer eigentlich von den bolschewistischen „Gesetzen" wissen, und ob sie wohl bereit wären, unter einer solchen Tyrannei zu leben. D. Red.)

(Siehe auch Leitartikel auf Seite 2!)

Schuld trifft Anderson-Regierung.

Wenn Mennoniten und Lutheraner nicht aus ihrem Elend in Rußland erlöst werden können.

Ottawa, 12. Nov. — Die von Premier Anderson von Saskatchewan erlassene Erklärung hinsichtlich der Einwanderung von Mennoniten und Lutheranern, die jetzt in Rußland im Elend sitzen, wird vom Einwanderungsministerium als ungünstig erachtet. Wenn Herr Anderson keine günstigere Haltung einnimmt, wird die Dominionregierung in der Angelegenheit keine weiteren Schritte unternehmen. Einwanderungsminister Robert Forke bemerkte, die Wünsche der Provinzregierung würden in Einwanderungsangelegenheiten respektiert werden.

Aeltester Toews von Rosthern, Sask., das Oberhaupt der mennonitischen Gemeinschaft in Canada, hatte eine Unterredung mit Minister Forke, wobei er mit starkem Nachdruck forderte, daß diese Leute in Canada zugelassen werden möchten. Herr Forke erklärte ihm, die Dominion sei bereit, sie hereinzulassen, doch nicht massenweise, sondern in kleinen Kontingenten, wie sie das Land assimilieren könne. Die Provinzregierung müsse jedoch zustimmen. Da diese Mennoniten nach Saskatchewan gehen wollten, sei die Anderson-Regierung als Provinzregierung besonders in Betracht zu ziehen.

Aeltester Toews ist von Ottawa abgereist mit der Absicht, sich nach Regina zu begeben, um mit Herrn Anderson zu sprechen. Wenn er nicht den Premier von Saskatchewan dazu überreden kann, die Mennoniten zuzulassen, wird Herr Forke in der Angelegenheit nicht weitergehen.

Basel, Sitz der Weltbank.

Baden-Baden, 9. Nov. — Als Sitz der Weltbank wurde heute morgen in der Vertretersitzung Basel in der Schweiz ausersehen.

Prinz Max von Baden gestorben.

(Fortsetzung von Seite 1.)

Prinz Max von Baden wurde als einziger Sohn von Prinz Wilhelm und der Prinzessin Marie am 10. Juli 1867 in Karlsruhe geboren. Er war väterlicherseits ein Enkel Großherzog Friedrichs I. von Baden. Nach dem Besuch des Gymnasiums von Karlsruhe und dem Studium der Rechts- und Staatswissenschaften in Heidelberg und Freiburg trat der Prinz mit 22 Jahren bei den Garde-Kürassieren in Berlin in die preußische Armee ein. Im Jahre 1903 übernahm er das Kommando des 20. badischen Dragonerregiments und wurde 1908 Kommandeur der 28. Kavalleriebrigade in Karlsruhe. 1911 schied er als Generalmajor aus dem aktiven Militärdienst aus und erhielt später den Rang eines Generals der Kavallerie.

Schon als aktiver Offizier nahm der Prinz regen Anteil an allen Fragen des deutschen Geisteslebens und schuf sich auf seinem Schlosse Salem im Bodenseegebiet ein wundervolles Heim deutscher Kultur.

Durch seine Heirat mit Prinzessin Marie Luise von Braunschweig-Lüneburg im Jahre 1900 wurde er Schwiegersohn des Herzogs von Cumberland, des Oberhauptes des Welfenhauses. Als solcher vermittelte er die Heirat der Kaisertochter mit Herzog Ernst August und förderte so die Aussöhnung zwischen den Welfen und Hohenzollern.

Nachdem er im Jahre 1917 Präsident der Ersten Badischen Kammer geworden war, galt sein Hauptinteresse den Fragen des öffentlichen Lebens, zu denen er vorurteilsfrei Stellung nahm.

Während des Krieges widmete er sich in aufopfernder Weise der Fürsorge für die Kriegsgefangenen. In diesem Werke reiste er 1915 nach Stockholm und ein Jahr später nach der Schweiz.

Am 1. Oktober 1918 bildete er auf Drängen des Kaisers mit dem Vizekanzler von Payer und dem Staatssekretär des Aeußern Dr. Solf das sog. „Kriegskabinett", zu dem Erzberger, Groeber, Trimborn, Scheidemann, Bauer und später Hausmann gehörten und in dessen Hände die Leitung der inneren und äußeren Politik überging.

Eine Hauptaufgabe war neben dem Abschluß des Waffenstillstandes die Neugestaltung der Verfassung, die das parlamentarische Regime selbst in der neuen Verfassung verankerte. In Prinz Max von Baden, der als Anhänger einer Demokratisierung der Reichsverfassung sowie durch seine Rede vom „Weltgewissen" als Verfechter eines Verständigungsfriedens und durch seine Fürsorgetätigkeit für die Gefangenen beider Machtgruppen bekannt geworden war, glaubte man sowohl an innen- wie außenpolitischer Beziehung die geeignete Persönlichkeit für den Abschluß des Krieges gefunden zu haben.

Nach der Liquidierung des Krieges durch die Oberste Heeresleitung wurde die Abdankung des Kaisers und Kronprinzen akut. In der Sitzung des Kriegskabinetts am 31. Oktober legte Prinz Max von Baden seine Auffassung dahin fest, daß die Abdankung freiwillig erfolgen müsse, um Reich und Heer vor schwerstem Schaden zu bewahren.

Am 9. November verkündete er nach Ausbruch der Revolution in Berlin die Abdankung des Kaisers sowie den Thronverzicht des Kronprinzen und übergab Ebert das Reichskanzleramt. Am 22. November verzichtete er selbst auf seine badischen Thronrechte.

Der neue Regierungskurs Frankreichs.

(Fortsetzung von Seite 1.)

„Frieden auf der Welt durch dauernd entwickelte Verträge und Sicherheit Frankreichs bis zur Schaffung allgemeiner Schiedsgerichtsbarkeit und allgemeiner Abrüstung" würde etwa den Standpunkt der neuen Regierung in Frankreich zusammenfassen.

Franklin Bouillon, der Führer einer kleinen Gruppe, die sich im Jahre 1928 von der radikal-sozialistischen Partei abspaltete, unternahm einen schweren Angriff auf den früheren Außenminister Briand, der als neuer Außenminister das Ziel der meisten Angriffe der Opposition zu werden droht. Franklin griff Briands „zu liberale Politik an, die stets gebe, aber nie etwas einbringe".

Er wandte sich ferner gegen die geplante Räumung des Rheinlandes und erklärte, daß die deutschen Heeresbewilligungen groß genug wären, dem Reiche eine Armee von 500,000 Mann zu geben, statt der 100,000 Mann, die es nach dem Versailler Vertrage haben dürfte.

Franklin Bouillon erklärte weiter, daß seit dem Weltkriege die Deutschen strategische Straßen zur französischen Grenze ausgebaut und ein Motortransport-System geschaffen hätten, daß es ihnen ermöglichen würde, sehr schnell eine ganze Armee mit Autos nach Frankreich zu bringen.

Muttermörder freigesprochen.

Draguignan, Frankreich. — Unter Aeußerung der wildesten Begeisterung des Publikums wurde Richard Corbett, Sohn eines englischen Vaters, der seine französische Mutter getötet hatte, um ihrem schrecklichen unheilbaren Krebsleiden ein Ende zu machen, von der Geschworenenbank freigesprochen.